Stand: 15.12.2025 18:17:49

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/9607

"Muslimische Verbände als wichtige Partner bei der Prävention von gewaltbereiter islamistischer Radikalisierung anerkennen und unterstützen!"

Vorgangsverlauf:

- 1. Initiativdrucksache 17/9607 vom 29.12.2015
- 2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/10045 des KI vom 16.02.2016
- 3. Beschluss des Plenums 17/11403 vom 10.05.2016
- 4. Plenarprotokoll Nr. 73 vom 10.05.2016



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

29.12.2015 Drucksache 17/9607

Antrag

der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Dr. Sepp Dürr, Jürgen Mistol und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Muslimische Verbände als wichtige Partner bei der Prävention von gewaltbereiter islamistischer Radikalisierung anerkennen und unterstützen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die muslimischen Verbände in Bayern grundsätzlich stärker in die Konzeption der Maßnahmen zur Prävention von gewaltbereiter islamistischer Radikalisierung einzubeziehen.

Konkret gilt es, die muslimischen Verbände als wichtige Partner anzuerkennen und ihre Bemühungen im Hinblick auf einen verstärkten gesellschaftlichen und interreligiösen Dialog zu unterstützen.

Nach dem Vorbild der nordrhein-westfälischen Fortbildungsreihe "Imame und Dialogbeauftragte werden Demokratiebotschafterinnen und -botschafter" soll deshalb – in enger Kooperation mit den muslimischen Verbänden – durch die Landeszentrale für politische Bildung auch in Bayern eine entsprechende Fortbildungsreihe entwickelt und angeboten werden.

Diese Fortbildungsreihe richtet sich an Multiplikatorinnen und Multiplikatoren muslimischer Glaubensgemeinschaften, die sich zu Demokratiebotschafterinnen bzw. Demokratiebotschaftern qualifizieren wollen.

Die Fortbildungsreihe verfolgt folgende Ziele:

- Stärkung der pädagogischen Kompetenz von geistlichen und nicht-geistlichen Akteurinnen und Akteuren in den Moscheegemeinden im Bereich der Demokratiebildung;
- Stärkung der Moscheegemeinden bei der Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung in Bezug auf den Integrationsprozess von jungen Musliminnen und Muslimen;
- Prävention von gewaltbereiter islamistischer Radikalisierung;
- Verhinderung des Einstiegs gefährdeter junger Musliminnen und Muslime in den Islamismus;
- Demokratisierung und De-Radikalisierung von extremistischen jungen Musliminnen und Muslimen.

Begründung:

Nicht zuletzt in der Reaktion auf die grausamen islamistisch motivierten Terroranschläge von Paris haben sich die muslimischen Verbände in Bayern sehr deutlich von den menschenverachtenden Motiven der Terroristen distanziert und in ihren Stellungnahmen ihr dialogorientiertes Selbstverständnis zum Teil eindrucksvoll demonstriert. Beispielhaft zeigt sich dies an folgender Stellungnahme des Münchner Forums für Islam (MFI): "Wir rufen alle Muslime - Einzelne wie Organisationen – dazu auf, sich unter keinen Umständen mit Kriminellen zu identifizieren, deren Tun zu verteidigen oder zu verharmlosen. Muslime solidarisieren sich mit allen Opfern; wer auch immer, wo auch immer unter Gewalt und Vertreibung leidet. Wir wehren uns dagegen, dass der Hass aus anderen Regionen der Welt hierher gebracht werden soll, und arbeiten für ein friedliches Miteinander in Europa, wo wir zuhause sind."

Trotz der zum Teil sehr klaren und vorbildlichen Positionierung bestehen bei der Staatsregierung aber offenbar noch immer Berührungsängste hinsichtlich der Kooperation mit den muslimischen Verbänden und Moscheegemeinden in Bayern. So wurden diese bisher weder beratend noch konzeptionell in die Erarbeitung der Maßnahmen zur Prävention von gewaltbereiter islamistischer Radikalisierung einbezogen. Dies zeigte auch die Anhörung des Innenausschusses zur "Lage und Prävention von gewaltbereiter islamistischer Radikalisierung, insbesondere bei jungen Menschen".

Dabei betonte der Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD) in seiner Stellungnahme zur Anhörung ausdrücklich die zentrale Bedeutung einer entsprechenden Einbindung: "Es benötigt auf muslimische Jugendliche und ihre Erfahrungswelt ausgerichtete Präventionsmaßnahmen, welche deren Resilienzfähigkeit und Dialogkompetenz zu fördern in der Lage sind. Zum einen sollte die Jugendhilfe nicht zuletzt durch muslimische Mitarbeiter und islamwissenschaftliche Erkenntnisse speziell auf muslimische Jugendliche ausgerichtete Konzepte entwickeln, zum anderen sollten im Umgang mit Jugendlichen erfahrene Imame und Moscheegemeinden in die Präventionsarbeit einbezogen werden, die zu den Betreffenden Vertrauen aufbauen."

Andere Bundesländer haben das große Potenzial, das in der Stärkung und Einbeziehung der muslimischen Verbände bzw. Moscheegemeinden liegt, bereits seit einiger Zeit erkannt. So führte beispielsweise die Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-West-

falen in Kooperation mit der Deutsch-Islamischen-Moschee-Stiftung eine Fortbildungsreihe mit dem Titel, "Imame und Dialogbeauftragte werden Demokratiebotschafterinnen und -botschafter" durch. An diesem Vorbild gilt es sich auch in Bayern zu orientieren, um die muslimischen Verbände und die Moscheegemeinden als wichtige Partner anzuerkennen und als Verbündete im Einsatz für Demokratie und gegen Radikalisierung zu gewinnen.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

Drucksache 17/10045 16.02.2016

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und **Sport**

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Drs. 17/9607

Muslimische Verbände als wichtige Partner bei der Prävention von gewaltbereiter islamistischer Radikalisierung anerkennen und unterstützen!

Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatterin: Katharina Schulze Dr. Hans Reichhart Mitberichterstatter:

II. Bericht:

- 1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag mitberaten.
- 2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 46. Sitzung am 3. Februar 2016 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung

SPD: Enthaltung

FREIE WÄHLER: Zustimmung B90/GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 97. Sitzung am 16. Februar 2016 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung

SPD: Enthaltung

FREIE WÄHLER: Zustimmung

B90/GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Dr. Florian Herrmann

Vorsitzender



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

10.05.2016 Drucksache 17/11403

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Dr. Sepp Dürr, Jürgen Mistol und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 17/9607, 17/10045

Muslimische Verbände als wichtige Partner bei der Prävention von gewaltbereiter islamistischer Radikalisierung anerkennen und unterstützen!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe den Tagesordnungspunkt 3 auf:

Abstimmung

über eine Europaangelegenheit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag die Voten.

zur 73. Vollsitzung am 10. Mai 2016

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über eine nicht einzeln zu beratende Europaangelegenheit sowie die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

(E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder

Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss

(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheit

 Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union gemäß §83d BayLTGeschO

Verkehr, Forschung und Technologie, Öffentliche Gesundheit, Umwelt, Energie, Entwicklung, Klimaschutz, Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, Binnenmarkt:

Eine nachhaltige Bioenergiepolitik für die Zeit nach 2020 10.02.2016 - 10.05.2016 Drs. 17/10624, 17/11240 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	a	Z	Z

Anträge

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Interreligiöse und religionskundliche Bildung stärken Drs. 17/9606, 17/11265 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A	ENTH	Z

3.	Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Muslimische Verbände als wichtige Partner bei der Prävention von gewaltbereiter islamistischer Radikalisierung anerkennen und unterstützen! Drs. 17/9607, 17/10045 (A) Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A	ENTH	团	Z	
4.	Thomas Gehring u	ı.a. und Fraktion (Bl	Bause, Ludwig Hartmann, ÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) elle und strukturelle Situation	der	

Drs. 17/9815, 17/11266 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

beruflichen Schulen verbessern

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Berufsbildung mit Zukunft II – Verzahnung von beruflicher und akademischer Bildung Drs. 17/9816, 17/11267 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Berufsbildung mit Zukunft III – Berufsorientierung in allen Schulen verankern Drs. 17/9817, 17/11268 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

7.	Antrag der Abgeordne Thomas Gehring u.a. Berufsbildung mit Zuk Drs. 17/9818, 17/1126	und Fraktion (BÜNDNI unft IV – Ausbildungsg	S 90/DIE GRÜNEN)	leifen
	Votum des federführer Bildung und Kultus	nden Ausschusses für		
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			A	
8.	Antrag der Abgeordne Thomas Gehring u.a. Berufsbildung mit Zuk Drs. 17/9819, 17/1127	und Fraktion (BÜNDNI unft V – Gesicherte be	S 90/DIE GRÜNEN)	r Flüchtlinge
	Votum des federführer Bildung und Kultus	nden Ausschusses für		
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
9.	Antrag der Abgeordne Thomas Gehring u.a. Berufsbildung mit Zuki Drs. 17/9820, 17/1127	und Fraktion (BÜNDNI unft VI – Investitionspr	S 90/DIE GRÜNEN)	sbildung
	Votum des federführer Bildung und Kultus	nden Ausschusses für		
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A		A	
10.	Antrag der Abgeordne Thomas Gehring u.a. Berufsbildung mit Zuk Berufspädagogik Drs. 17/9821, 17/1127	und Fraktion (BÜNDNI unft VII – Ausbau und	S 90/DIE GRÜNEN)	
	Votum des federführer Bildung und Kultus	nden Ausschusses für		
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bayerns Waldbesitzern zu ihrem Recht verhelfen I – Körperlicher Nachweis für "rote" Bereiche Drs. 17/9985, 17/11251 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	A	Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bayerns Waldbesitzern zu ihrem Recht verhelfen II – Flexibilisierung des § 16 AVBayJG Drs. 17/9986, 17/11252 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	A	Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bayerns Waldbesitzern zu ihrem Recht verhelfen III – Schonzeitverkürzung bei weiblichem Rehwild Drs. 17/9987, 17/11253 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		A	Z

14.	Antrag der Abgeordner Markus Ganserer u.a. Bayerns Waldbesitzerr Zwangsgeld für "rote" Drs. 17/9988, 17/1125	und Fraktion (BÜNDN n zu ihrem Recht verhe Hegegemeinschaften	IS 90/DIE GRÜNEN)	
	Votum des federführer Ernährung, Landwirtsc			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A	团	A	
15.	Antrag der Abgeordne Thorsten Glauber u.a. Regionalzughalt in Für Drs. 17/9568, 17/1101	und Fraktion (FREIE V stenfeldbruck		
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien		d Verkehr, Energie und	d Technologie
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
16.	Antrag der Abgeordne Dr. Sepp Dürr u.a. und Sanierung "Haus der k Drs. 17/10157, 17/111	Fraktion (BÜNDNIS 9 (unst"		
	Votum des federführer Wissenschaft und Kun			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
17.	Antrag der Abgeordner Studierendenwohnheir Drs. 17/10321, 17/111	ne	Heckner, Eberhard Ro	tter u.a. CSU
	Votum des federführer Wissenschaft und Kun			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ

18.	Dr. Paul Wengert, Kla	ropäischen Sicherheit		
		enden Ausschusses fü Innere Sicherheit und		
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
				Z
19.	Dr. Simone Strohmay	rwaltungsarbeiten bes		
	Votum des federführe Bildung und Kultus	enden Ausschusses fü	r	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A			Z
20.	Dr. Paul Wengert, Kla	für die Landespolizei (
		enden Ausschusses fü Innere Sicherheit und		
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
		Z	Z	Z
21.	Dr. Paul Wengert, Kla	aum- und Schwerlasti en		
		enden Ausschusses fü Innere Sicherheit und	•	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A			

zur 73. Vollsitzung am 10. Mai 2016

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Einführung der "elektronischen Akte" Drs. 17/10500, 17/11186 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bodenseefischerei erhalten - Anpassung der Maschenweite an die Größenentwicklung der Felchen Drs. 17/10996, 17/11190 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, der den Antrag für erledigt erklärt hat.

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
 Einsatz von alternativen Bekämpfungsmethoden gegen den Maiszünsler Drs. 17/10275, 17/11264 (A) [X]

Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:Votum des **mitberatenden** Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z		Z